

Bürgerinitiative wirft Ministerium Falschinformation vor

Rehburg-Loccum/Hannover (lni). Die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ hat dem niedersächsischen Sozialministerium vorgeworfen, über die Gefahr durch die Giftmülldeponie Münchehagen (Landkreis Nienburg) bewußt falsch informiert zu haben.

Dem Münchehagen-Ausschuß sei im September 1988 mitgeteilt worden, daß bei der Obduktion eines Mitarbeiters der Deponie keine überdurchschnittliche Belastung etwa mit Dioxinen festgestellt worden sei, sagte der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Heinrich Bredemeier, am Montag. In neuen Aussagen des Ministeriums, die sich auf dasselbe Zahlenmaterial stützten, sei aber von doppelt so hohen Giftwerten als sonst üblich die Rede.

Sprecher des Soziaministeriums wiesen die Vorwürfe der Arbeitsgemeinschaft zurück. Im September 1988 seien lediglich die Ergebnisse des untersuchenden Bundesgesundheitsamtes wiedergegeben worden. Mittlerweile habe sich die Vermutung ergeben, daß sich das Gesundheitsamt verrechnet oder vertippt haben könnte.

Hanke
11.2.91